

FRAGESTUNDE

Beginn: 13.39 Uhr
Ende: 14.30 Uhr

1) Einführung von Countdown-Ampeln

GR. **Schröck** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Gemeinderat, verehrte Zuseher und Zuseherinnen auf der Tribüne, Frau Vizebürgermeisterin! Am 24.9.2009 habe ich den Antrag gestellt, sogenannte Countdown-Ampeln auch an geeigneten Stellen in Graz installieren zu lassen, zumindest ein Pilotprojekt in diesem Sinne zu überprüfen. Diesen Antrag haben Sie abgewiesen mit der abschließenden Bemerkung, dass die Verantwortung für die Sicherheit der Bürger ein Einsatz dieser Countdown-Ampeln in Graz abgelehnt wird. Es naht der Wahlkampf beziehungsweise sind wir mitten drinnen und Sie fordern nun plötzlich doch mittels Medien, mittels der Kronen Zeitung, ein Installieren eben jener Ampeln, wie Sie es aber vor ein paar Jahren abgelehnt haben. Jetzt möchte ich wissen, welche Begebenheiten nun eingetreten sind, die das Installieren eines solchen Pilotprojektes Countdown-Ampeln nun doch möglich gemacht haben?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ich habe es in der Kronen Zeitung nicht gefordert, sondern angekündigt, ist ein bisschen ein Unterschied. Folgendes, die Ampelanlagen in der Stadt Graz, und das habe ich damals so beantwortet und diese Beantwortung bleibt vollinhaltlich aufrecht, die Ampelanlagen, von denen wir 290 in der Stadt Graz haben, das sind zirka 200

gemeinsam und im Vorrang geschaltet für den öffentlichen Verkehr, das heißt, dort können wir solche Ampeln nicht errichten. Ich habe jetzt, nachdem diese Anfrage nicht nur von Ihnen kam, sondern von mehreren Seiten immer wieder an mich herangetragen wurde, habe ich das Straßenamt beauftragt, mir einmal auszuwerten, bei wie viel Ampeln das überhaupt sinnvoll wäre und möglich wäre. Es ist so, dass letztlich 13 Ampeln übrig bleiben im gesamten Stadtgebiet von den 290, wo so eine Countdown-Schaltung generell möglich wäre, weil es eben nicht im System immer wieder mit- und zurückgeschaltet wird, wie es damals beschrieben wurde, wenn eben der öffentliche Verkehr sich einschaltet und damit keine... Es ist so, wenn eine Ampel geschaltet wird und wenn eine Countdown-Ampel installiert wird, dann muss das ein regelmäßiger Durchlauf sein. Dadurch dass wir eine Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs praktizieren, ist es so, dass zwar eine Ampel dann geschaltet ist und wenn der öffentliche Verkehr kommt, anders geschaltet wird mitten in Prozessen, das heißt, man kann nicht immer die gleichen Sekundendurchläufe machen, ist nachvollziehbar. Bei 13 Ampeln wäre es möglich, so etwas zu machen. Allerdings kostet es an die 9.000 Euro nur einmal die Installation so einer Countdown-Ampel, deswegen habe ich mir gedacht, wir machen jetzt einmal einen Pilotversuch, schauen uns das an, weil wir auch nicht wissen, was die Folgekosten sind in Bezug auf den Eingriff ins System. Generell muss man aber natürlich abwägen, ob der Einsatz der Kosten zum Effekt, den man damit erreicht, nämlich de facto erreicht man ja keinen neuen Effekt, außer der Bequemlichkeit der Fußgängerinnen, dass sie es besser einschätzen können, wann die drüber kommen.

Zwischenruf GR. Schröck: Sicherheitsfrage.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Auf die Sicherheitsfrage komme ich dann auch noch gerne. Aber dass man damit relativ wenig Effekt und Fortkommen sichert, dafür aber relativ viele Mittel in die Hand nehmen muss. Aber einen Pilotversuch, nachdem diese Anfrage, wie gesagt, oft daherkommt, habe ich mir vorgenommen, sehr wohl zu machen. Dazu kommt, dass die 13 Ampeln teilweise an Stellen sind, wo so eine Frequenz gar nicht gegeben ist, dass es jetzt soviel Personen wirklich dient. Zur Sicherheitsfrage, die mir von Experten, ich kann auch nur immer wieder weitergeben in diesem Fall, was Experten mir auch rückmelden. Es ist so, wenn eine Countdown-Ampel installiert ist, dass es Beobachtungen gibt aus jenen Städten, wo diese stattfinden, dass die Menschen dadurch, dass sie sich sozusagen diese Sekunden herunterzählen lassen erst recht wieder früher losgehen, weil sie denken, ok, die letzten fünf Sekunden gehe ich früher. Das ist einfach eine Rückmeldung, die habe ich damals mithineingeschrieben, die mir von Experten so gegeben wurde. Kann ich nicht beurteilen, wird beim Pilotversuch zu beobachten sein.

GR. **Schröck**: Also Sie haben jetzt viele Argumente wieder gebracht gegen diese Countdown-Ampeln. Jetzt machen Sie es aber trotzdem, wieso jetzt, wieso nicht damals, was hat sich wirklich geändert?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Es gibt viele Wünsche in diese Richtung, und damit wir einmal überprüfen können, was das bringt im Verhältnis zu den Kosten beziehungsweise was es auch bringt in Bezug auf die Frage der Verkehrssicherheit, habe ich mich dazu entschlossen, so einen Pilotversuch zu beauftragen. Das heißt, damit haben wir vielleicht die Grundlage, weitere Entscheidungen zu treffen.

2) Welche Begründung besteht für die Nichtverwendung moderner Sicherheitstechnik bei Fußgängerübergängen respektive Zebrastreifen als günstige und effiziente Lenkerwarnung vor Übergängen?

GR. Mag. **Mariacher** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Steter Tropfen höhlt den Stein, das weiß ich insbesondere als unabhängiger Gemeinderat. In meiner Anfrage geht es um die bisherige Nichtverwendung von Sicherheitstechnik bei Fußgängerübergängen respektive Zebrastreifen als Lenkerwarnung vor Übergängen. Als schwächster Verkehrsteilnehmer des Straßenverkehrs sind bekanntlich Fußgänger zu benennen und hier vor allem Kinder und Senioren an exponierter Stelle. Weiters ist die hierorts des Öfteren gegebene nachteilige Witterungslage zu bedenken, wo bei Nebel, Niederschlag sowie Dämmerung, Dunkelheit, wo einfach die Unachtsamkeit und/oder auch der Fußgänger, aber auch der mobilen Verkehrsteilnehmer, nur allzu leicht zu Personenschaden führen kann.

Da aufgrund der hohen Kosten für Herstellung und Instandhaltung nicht quasi an jeder Straßenecke beziehungsweise Querung der Verkehrswege Ampelanlagen errichtet werden können, bewährt sich vielerorts als Brückenlösung eine Kombination bestehend aus Zebrastreifen und Bodenleuchten. Mittels simpler Detektoren werden querungswillige Fußgänger erkannt und sodann herannahende Fahrzeuglenker mittels kräftiger Lichtsignale auf diese querenden Fußgänger aufmerksam gemacht, eine meines Erachtens geradezu rundum vorteilhafte Absicherung im Straßenverkehr, die die Fußgänger stark priorisiert und dennoch kein unnötiges, die Flüssigkeit des Verkehrs beeinträchtigendes Hindernis darstellt. So eine Einrichtung wurde bereits in Graz in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße installiert, doch diese Lösung fand leider nicht den Weg in die nötige Breite, um hier wirklich effektiv in Graz Positives zu bewirken.

Dies ist umso bedauerlicher, weil dazu ein Produkt mit österreichischer LED-Sicherheitstechnik zur Verfügung stünde, das zum Beispiel sowohl bei

Schülerübergängen als auch bei komplexen Straßenkreuzungen, ich denke hier auch an den Dietrichsteinplatz, einsetzbar ist.

In diesem Zusammenhang stelle ich als unabhängiger Gemeinderat folgende

F r a g e :

Warum ist in Graz trotz der nachweislich effizienten und verfügbaren Technik, um Zebrastreifen mit modernen LED-Lichtwarnanlagen auszurüsten, kein weiterer Gebrauch gemacht worden und wie ist diese „Zurückhaltung“ gegenüber Fußgängern, die bereits zu Opfern oder Beinahe-Opfern geworden sind, zu verantworten?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Diese Frage habe ich hier schon einmal sehr deutlich beantwortet, ich werde sie wiederholen die Antwort, so wie sie damals gemacht wurde, da hat sich aber nichts daran geändert. Es stimmt, am Schutzweg über die Conrad-von-Hötzendorf-Straße im Kreuzungsbereich mit der Adolf-Kolping-Gasse wurden in der Fahrbahn eingelassen diese LED-Leuchten. Ein Pilotversuch einer österreichischen Firma, damals war das kostenlos. Es wurde damals die Wirkung auf die Anhaltebereitschaft und Aufmerksamkeit von FahrzeuglenkerInnen als Vorher- und Nachheruntersuchung vom Kuratorium für Verkehrssicherheit auch vorgenommen, weil es ja ein Pilotversuch war. Gezeigt hat sich, dass sich durch die zusätzliche Ausrüstung dieses Schutzweges kein Sicherheitsgewinn für querende FußgängerInnen feststellbar war. Das Traurige ist, dass sogar nach der Installation dieser Beleuchtung dort ein tödlicher Unfall auf diesem Übergang stattgefunden hat wegen einer Unachtsamkeit eines Fahrzeuglenkers. Hinzu kommt, dass ein so ein Streifen 20.000 Euro kostet. Das heißt, es hat sich erwiesen, dass es nichts gebracht hat. Was sehr wohl was bringt, und das haben wir in den letzten Jahren massiv forciert, das sind stärkere Beleuchtungen von

Fußgängerübergängen, das haben wir sehr im großen Ausmaß gemacht, dass man die Leute eben sieht, wir haben Sicherheitsräume geschaffen, um eine Übersichtlichkeit an Kreuzungen herzustellen und die FußgängerInnen rechtzeitig sehen zu lassen durch die FahrzeuglenkerInnen, und wenn Sie den Dietrichsteinplatz ansprechen, genau dort ging es auch darum, eine übersichtlichere Übergangssituation zu schaffen, um eben die Sicherheit der Fußgänger und Fußgängerinnen herzustellen. Das ist die Strategie, die wir verfolgt haben und ich denke, da haben wir in breitem Ausmaß einiges umgesetzt. Dieser Streifen hat sich nicht bewährt und ist im Verhältnis zu dem, dass er nichts bringt, auch verdammt teuer.

GR. Mag. **Mariacher**: Es gibt einmal als Erstes eine Replik. Ich habe mich, nachdem ich mich mit der Sache länger beschäftige, die Gerichtsgutachten auch angeschaut. Es ist so, dass der Lenker, den Sie angeschnitten haben bei dem Verkehrsunfall ein alkoholisierte Lenker war, der einen Familienvater dort zu Tode gefahren hat und auch zwei Kinder verletzt hat und ich sage aus meiner Perspektive, dieser Unfall wäre auch bei einer Ampel entstanden, wo ein Rotlicht gewesen wäre. Das heißt, es ist nicht aufgrund dieser Sicherheitsmaßnahme entstanden, die dort errichtet worden ist, sondern aufgrund der Alkoholisierung des Lenkers. Und ich finde es eigentlich ungeheuerlich, dass Sie dieses Argument ins Treffen führen, um diese Signalanlage schlecht zu machen. Das ist einfach ungebührlich, das macht man nicht und das kann ich in keiner Weise verstehen. Ich zweifle auch diese Aussagen des Kuratoriums für Verkehrssicherheit an, weil ich auch selber diese Strecke immer wieder fahre, auch bei Dämmerung, auch bei Nässe und merke, dass man vom weiteren Abstand her nämlich darauf aufmerksam gemacht wird, hoppla da bewegt sich was, da ist ein möglicherweise auch dunkel bekleideter Passant, der eben im Begriff ist, auf die Fahrbahn zu wechseln. Ich finde, dieser Einsatz sollte wirklich noch einmal überdacht werden und in die Breite untersucht werden, vielleicht auch an einer anderen Stelle ein weiteres Pilotprojekt gemacht werden, bevor man es hier wirklich zu Tode

dokumentiert. Ich glaube, hier sollte noch ein Schritt nach vorne gemacht werden und nicht zwei Schritte zurück. Danke.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Noch einmal, eine Vorher- und Nachheruntersuchung können Sie anzweifeln, aber die wird ja genau deswegen gemacht vom Kuratorium und da wird nicht ein einmaliger Fall überprüft, sondern da wird länger geschaut, was passiert an dieser Kreuzung und wie schaut es aus mit der Anhaltebereitschaft und die hat eben ergeben, dass es keine erhöhte Anhaltebereitschaft gibt. Und ich frage mich, wie Sie dazu kommen, dass man dort, wenn dort am Boden zum Autofahrer hin das Licht aufleuchtet, dadurch ein dunkel gekleideter Fußfänger besser gesehen wird, das passiert doch, wenn von oben der Kreuzungspunkt beleuchtet wird und deswegen setzen wir auf eine bessere Beleuchtung der Fußgängerübergänge, was wir im großen Ausmaß vorgenommen haben, indem wir dort die Beleuchtungen verstärkt haben, was Sie im gesamten Stadtgebiet sich genau anschauen können.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 13.50 Uhr den Vorsitz.

3) Versorgung der Menschen mit Alkoholvergiftungen

GR. **Hohensinner** stellt an StR. **Grossmann** folgende Frage:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Wie in diesem Jahr von mehreren Gesundheitsverantwortlichen thematisiert, nehmen

Menschen mit Alkoholvergiftungen in der derzeitigen Versorgungsstruktur Ressourcen im Übermaß in Anspruch.

In Deutschland werden Patienten mit Alkoholvergiftungszuständen in speziellen Einrichtungen unter ärztlicher Aufsicht versorgt, um nicht teure Krankenhausstrukturen zu blockieren. Vor einigen Monaten fand im Grazer Rathaus ein diesbezüglicher runder Tisch statt.

Deshalb stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Gesundheitsstadtrat, folgende

Frage:

Welche Schritte hast du als Gesundheitsstadtrat gesetzt, um den Gemeinderat dementsprechende Lösungsvorschläge beziehungsweise ein Konzept zu präsentieren (*Applaus ÖVP*)?

StR. **Grossmann:** Herr Klubobmann! Vielen herzlichen Dank für diese Frage, gibt uns die Möglichkeit, dieses Thema noch einmal genau zu beleuchten. Du hast es ja angesprochen, wir haben auf Anregung, vor allen Dingen der ärztlichen Leiter von Krankenanstalten und Ambulanzen, diesen runden Tisch bei uns im Rathaus durchgeführt, hochkarätig besetzt mit Vertreterinnen und Vertretern der angesprochenen Ambulanzen, der Krankenanstalten, es war auch der ärztliche Direktor der KAGES anwesend, es waren Vertreter der Polizei hier, auch der Rettungsorganisationen und auch der sozialen Einrichtungen. Ergebnis dieses runden Tisches ist es gewesen, dass wir eine Arbeitsgruppe eingesetzt haben, die insbesondere von Dr. Zeder bei uns aus dem Gesundheitsamt, vom Herrn Dr. Geier aus dem LKH-West und vom Herrn Primarius Lehofer im LSF zusammengesetzt gewesen ist, die sich selbst drei Schwerpunkte gesetzt hat, die auszuarbeiten sind, bevor wir dann in die Planung einer solchen Einrichtung für die Stadt Graz gehen

können. Es ist darum gegangen, quantitativ und qualitativ zu erheben, wie groß diese Fragestellung ist, wie viele Fälle wir haben, es ist ein Erhebungsbogen ausgearbeitet worden und es hat der Herr Dr. Geier die Aufgabe übernommen, diesen Leitfaden zu erstellen und einen Erhebungszeitraum festzulegen. Es hat der Herr Dr. Zeder die Aufgabe übernommen, die Unterbringungseinrichtungen und Notschlafstellen in Graz zu untersuchen mit einem Erhebungszeitraum, und es hat der Herr Primarius Lehofer vom LSF die Aufgabe übernommen, die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine etwaige solche Einrichtung herauszufinden. Wir haben vorliegen, vom Dr. Ulf Zeder ausgearbeitet, die Unterlagen bei den Unterbringungseinrichtungen und Notschlafstellen, hier hat es im Zeitraum von vier Monaten 14 Fälle gegeben, also etwa eineinhalb Fälle pro Woche, wo die Rettung wegen des vermeintlichen Alkoholisierungsgrades, wobei man auch hier sagen muss, es könnten auch andere Substanzen mit im Spiel gewesen sein, geholt werden musste (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) oder retrospektiv betrachtet die Aufnahme oder Verbleib einer alkoholisierten Person in der Einrichtung einen institutionellen Grenzgang gleichkam. Es fehlt uns noch, es hat Gespräche gegeben Ende Oktober, vom Herrn Primarius Lehofer das Ergebnis der rechtlichen Grundlage und wie wir ja alle gemeinsam wissen und uns auch in der vorletzten Gemeinderatssitzung damit auseinandergesetzt haben, ist das LKH-West ja mit einer ganz grundsätzlichen Fragestellung beschäftigt, nämlich mit der Frage, ob es so verbleiben wird oder ob es wesentliche Veränderungen auch in der Eigentümerstruktur gibt und deshalb sind die Erhebungsergebnisse von Dr. Geier noch nicht vorliegend. Er arbeitet dran und es gibt noch eine Fragestellung, nämlich eine rechtliche Fragestellung, mit den Juristinnen des Roten Kreuzes zu klären. Der Erhebungsbogen, den wir dort haben, um festzustellen, welche Patienten alkoholisiert in Krankenanstalten eingeliefert wurden, ist also auch mit bestimmten Grunddaten ausgestattet gewesen und da gibt es noch datenschutzrechtliche Fragestellungen, die in der nächsten Woche geklärt werden. Dann liegt uns dieses zahlenmäßige Grundgerüst vor und dann können wir in die Planungsphase eintreten (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner**: Also ich stelle fest, am 16. Mai hat das stattgefunden, Lösungsvorschläge hast du noch keine. Aber meine Zusatzfrage geht in Richtung zweier anderer Ziele von dir, und zwar du hast präsentiert, dass du gerne ein Gesundheitsleitbild erstellen möchtest und auch eine Gesundheitsstrategie. Gibt es da schon irgendwas?

StR. **Grossmann**: Das Konzept sozusagen, eine solche Einrichtung zu schaffen, die Konzeptidee ist auch mit dem Herrn Bürgermeister bereits vorbesprochen. Wir warten hier auf die entsprechenden Zahlen, damit wir quantitativ auch eine richtige Vorgangsweise festlegen können. Es macht keinen Sinn, eine große Einrichtung zu schaffen, wenn der Bedarf nicht so groß ist, es macht keinen Sinn, zwei Betten einzurichten, wenn wir 20 brauchen, deswegen das Gesundheitsleitbild ist derzeit in Ausarbeitung, wir haben es ausgeschrieben, die Fachhochschule Joanneum begleitet uns in diesem Prozess, es gibt nächste Woche die erste Präsentation des bisherigen Fortschrittes und dann wird sofort die Einladung erfolgen für Anfang Dezember an alle Fraktionen, die hier im Gemeinderat vertreten sind, an die politischen Vertreter der gesamten Stadtregierung zum ersten Lenkungsausschuss für die Gesundheitsstrategie und für das Gesundheitsleitbild (*Applaus SPÖ*).

4) Trainingszentrum Weinzödl

GR.ⁱⁿ **Jahn** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage.

GR.ⁱⁿ **Jahn**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Gerhard! Du bist sicher voll überrascht über die Frage, nehme ich jetzt einmal an. Wir kommen zu einem ganz neuen, überraschenden Thema, nämlich mit dem GAK-

Trainingszentrum in Weinzödl, und es dreht sich um die Frage, wie es jetzt mit diesem Trainingszentrum gut weitergehen kann. Zur Erinnerung, es gibt ja ein aufrechtes Vertragswerk, also den Unterbestandsvertrag zwischen der Stadt und der Investorengruppe, die jedenfalls verpflichtet ist, das Areal einem Grazer Fußballverein zur Verfügung zu stellen. Bis dato hat man jetzt medial noch nicht wirklich was gehört, ob es konkrete Pläne gibt oder Überlegungen seitens der Investoren, was sie jetzt mit einem Bundesligafußballtrainingszentrum tun und auch wie eine weitere Kooperation, vor allem mit der GAK-Jugend, ausschauen könnte und wie auch die Fragen, was die restlichen Nutzungskapazitäten am Trainingszentrum betrifft. Ich nehme einmal an, die Investoren haben aus anderen Gründen ähnliche Interessen wie wir, natürlich aus dem finanziellen Interesse kann es ihnen eigentlich nur gelegen kommen, wenn das Trainingszentrum möglichst vielfältig und gut genützt ist und hoch frequentiert ist. Und hoffentlich wird es da auch eine Koordination mit uns, mit der Stadt, geben, damit dementsprechend auch Sportarten und Vereine hier das Areal gut und auch zu erschwinglichen Preisen nutzen können.

Daher auch meine

F r a g e

an dich als zuständiger Beteiligungsreferent: Welche Schritte kann und wird die Stadt unternehmen, um für eine möglichst sinnvolle Nutzung des gesamten Areals des Trainingszentrums Weinzödl Sorge zu tragen?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Klubobfrau! Ich werde dich mit meiner Antwort genauso überraschen, wie du mich mit deiner Frage überrascht hast. Und zwar, nachdem wir schon einige Male gemerkt haben, dass die rechtliche Materie grundsätzlich in derart komplexen Fällen nicht so einfach ist, habe ich den Auftrag gegeben, die Möglichkeiten, die die Stadt hat aufgrund des Vertrages, zu prüfen und

zu analysieren und Empfehlungen zu geben. Das macht wie immer in GAK-Angelegenheiten der Dr. Reckenzaun. Grundsätzlich gibt es mehrere Möglichkeiten, es gibt nicht nur die Möglichkeit zu kündigen, sondern es gibt auch die Möglichkeit, dass wenn tatsächlich kein Grazer Fußballverein dort spielen wird, wobei das aus meiner Sicht eine Bedingung ist, die die Investoren sehr, sehr leicht und sehr schnell herstellen können, aber es gibt genauso die Möglichkeit, wenn das eben nicht gelingt oder nicht der Fall ist, dass die Stadt zu denselben Konditionen das Trainingszentrum mietet. Es ist also eine Möglichkeit, bei der wir, kann durchaus eine günstige Möglichkeit sein. Grundsätzlich wird so sein, dass wir die Analyse abwarten und dann wird es eben gemeinsam mit der Holding, mit dem Sportamt vor allem wird es dann einen Vertrag geben, die weiteren Zielsetzungen und Maßnahmen auszuarbeiten. Aber Grundlage, wie gesagt, ist diese rechtliche Analyse und die ist in Bearbeitung.

GR.ⁱⁿ **Jahn**: Danke für die Antwort und eine Frage hätte ich noch. Und zwar diese ganze Geschichte mit der Zwangsversteigerung, ist die jetzt komplett vom Tisch oder könnte es ein, dass da bald die nächsten unangenehmen Nachrichten folgen?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Nach meiner Information ist die Zwangsversteigerung vom Tisch und zwar durch eine Vereinbarung, deren Inhalt ich nicht kenne, zwischen den Investoren und der Bank, der Hypothekenbank.

5) Konsolidierungsprämie für Beschäftigte der Messe Congress Graz Betriebsgesellschaft m.b.H.

GR. **Sikora** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Sikora**: Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrter Herr Stadtrat! Im Jänner 2012 wurde für die Beschäftigten des Magistrates Graz für 2012 eine Konsolidierungsprämie von 70 Euro monatlich sowie ab dem kommenden Jahr von weiteren 30 Euro monatlich zugesagt und im Gemeinderat beschlossen. Obwohl zugesichert wurde, dass für die Beschäftigten in den Beteiligungen des Hauses Graz dieselben Bedingungen gelten sollen wie für Magistratsbedienstete wurde den MitarbeiterInnen der Messe Congress Graz Betriebsgesellschaft die Zuerkennung dieser Konsolidierungsprämie bis heute verwehrt. Im Zuge der in den vergangenen Jahren erfolgten Umstrukturierungen und Ausgliederungen im Rahmen des Projektes Haus Graz haben auch Sie immer wieder versichert, sehr geehrter Herr Stadtrat, dass es für die Beschäftigten in den ausgegliederten Bereichen zu keinen Verschlechterungen gegenüber den Magistratsbediensteten kommen würde.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs richte ich an Sie, sehr geehrter Stadtrat, folgende

Frage:

Sind Sie in Ihrer Eigenschaft als Beteiligungsreferent bereit, an die Geschäftsführung der Messe Congress Graz Betriebsges. m. b. H. heranzutreten und anzuregen, dass die versprochene Konsolidierungsprämie für die Jahre 2012 und 2013 gleich wie für alle Bediensteten der Stadt Graz ausbezahlt wird (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Die MCG, die Messe, hat mit ihrem Betriebsrat seit März, denke ich, dieses Jahres eine neue Betriebsvereinbarung und in dieser Betriebsvereinbarung ist enthalten, dass die Messe Valorierungen, die im Magistrat

durchgeführt werden, eine Valorisierung der Löhne und der Gehälter ebenfalls für die Messebeschäftigten anwenden. Die Konsolidierungsprämie ist keine Valorisierung, die Valorisierung, für die Lohnanpassung gab es ja keine gesetzliche Grundlage, die gesetzliche Grundlage muss vom Land kommen, und die Valorisierung hat es eben nicht gegeben. Die Stadt Graz hat nach Vereinbarungen und nach Gesprächen und Verhandlungen mit der Personalvertretung eine Konsolidierungsprämie vereinbart, also eine Prämie, hat dabei aber auch gleichzeitig ein Paket abgeschlossen mit den Beschäftigten, zum Beispiel ist die persönliche Beförderung von A VII auf A VIII weggefallen. Es hat einige andere Punkte gegeben, die eben im Zusammenhang mit der Konsolidierung gestanden sind. Das war es bei der Messe nach meinen Informationen nicht, sondern es war eben die Forderung, die kurz nach Beendigung der Betriebsvereinbarung gestellt wurde von den Beschäftigten und ich kann es nur nochmals sagen, in der Betriebsvereinbarung ist ausdrücklich vereinbart, dass Valorisierungen mitgemacht werden. Wenn eine Prämie bezahlt werden soll, so ist das, nachdem die Messe eine Genossenschaft ist und auch 20 % von einem anderen Eigentümer (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) gehalten werden, kann eine derartige Prämie letztlich nur von der Genossenschafterversammlung beschlossen werden, wenn sie der Geschäftsführung aufgezwungen werden soll. Es gibt Verhandlungen, bin auch nicht glücklich darüber, dass diese Verhandlungen jetzt vor dem Gericht offensichtlich enden, weil der Betriebsrat anderer Meinung ist als wie die Geschäftsführung, aber ich werde in diesem laufenden Verfahren sicherlich nicht einseitig eingreifen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Sikora:** Nur eine Anmerkung. Ich bedanke mich recht herzlich für die Antwort für die ausführliche. Aber ergänzen möchte ich nur, dass ja auch die Stadionverwaltung bei der Messe auch anhängig ist und dort sehr wohl Mitarbeiter, die auch bei jeder Wetterbedingung ständig arbeiten müssen, sich diese Prämie verdient haben. Aber wenn Sie das eh richtig ausgeführt haben, trotzdem danke (*Applaus KPÖ*).

6) Vergabe städtischer Räumlichkeiten an die FPÖ

GR. Mag. **Spath** stellt an StR.ⁱⁿ **Kahr** folgende Frage:

GR. Mag. **Spath**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! In meiner Frage geht es um die Vergabe städtischer Räumlichkeiten an die FPÖ. Medienberichterstattungen zufolge hat die Grazer FPÖ eine städtische Räumlichkeit in der Schmiedgasse im Ausmaß von rund 67 m² gemietet, letztendlich wurde aber eine Größe von rund 121 m² bekannt. Zudem wird ein Quadratmeterpreis von 2,15 Euro kolportiert.

Daher stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, die

Frage:

Kannst du den Vergabeprozess beziehungsweise die Preisbildung für die Vermietung der besagten Räumlichkeiten skizzieren?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Gemeinderat Spath! Das sind jetzt zwei Punkte und ich möchte die auch versuchen, sachlich zu beantworten und nicht politisch moralisch. Die Verwaltung der städtischen Wohnhäuser, vielleicht wissen das auch nicht alle, das ist nicht uninteressant, wurde ja erst 1995 dem städtischen Wohnungsamt übertragen, zuvor war das bei der Liegenschaftsverwaltung. 1995, als die ganzen Akten das städtische Wohnungsamt übertragen bekommen hat, kann man zu dem konkreten Vermietungsfall eigentlich nichts Konkretes entnehmen. Feststellbar ist nur, dass mit dem Mietvertrag vom 1. Mai 1969 Räumlichkeiten mit 52,11 m² an die Bauförderungsgemeinschaft, das ist eine der FPÖ nahestehende Wohnbaugenossenschaft, vermietet wurden. Mit 10. November 1972 wurde aufgrund eines Stadtsenatsbeschlusses vom April 1972

der Bauförderungsgemeinschaft ein zusätzlicher Raum mit 15,03 m² überlassen, sodass insgesamt dieser Genossenschaft eine Fläche von 67,14 m² vermietet wurde. Wie und wann der Übergang des Mietverhältnisses von der Bauförderungsgemeinschaft, die offenbar liquidiert wurde, an die FPÖ stattgefunden hat, ist, wie schon gesagt, aus den Akten nicht zu entnehmen. Der Übergang dürfte vermutlich Mitte der 80er-Jahre erfolgt sein, damals waren die zuständigen Stadtsenatsreferenten Dr. Matzka oder Dr. Tremmel. Aktenkundig ist ein Antrag nur aus dem Jahr 1992 im Dezember, wo es auf Antrag der FPÖ um die Anbringung einer Hinweistafel gegangen ist und dem damals auch von der Liegenschaftsverwaltung stattgegeben wurde. Zur Preisbildung: Bis 1998 hat die FPÖ einen Mietzins von 379,18 Schilling bezahlt, ab September 1998 wurde dieser Mietzins auf 1.544,22 angehoben. Aufgrund dann der Überprüfung des Stadtrechnungshofes im Mai dieses Jahres hat es dann ein Gespräch zwischen dem Wohnungsamt, konkret Herrn Dr. Wisiak, Frau Dr. Steinbauer, Herrn Stadtrat Eustacchio und seinem Mitarbeiter Mag. Pleschiutschnig, gegeben, wo von Seiten des Herrn Stadtrates klargestellt wurde, dass eine Änderung des bestehenden mündlichen Vertrages und damit auch des bisherigen Mietzinses nicht für ihn in Frage kommt. Es wurde dann vereinbart, dass nach vorheriger Bestandsaufnahme und Ausmessung der Räumlichkeiten durch die städtische Wohnhausverwaltung ein schriftlicher Vertrag ausgearbeitet werden soll. Durch die Ausmessung wurde dann auch festgestellt, dass von der FPÖ nicht nur 67,14 m², sondern insgesamt 121,59 m² benutzt wurden. Für diese zusätzliche Fläche jetzt von 54,45 m² wurde von der Wohnhausverwaltung unter Berücksichtigung auch der Ausstattung und des Erhaltungszustandes ein Mietzins in Höhe von Euro fünf pro Quadratmeter als angemessen ermittelt, sodass sich unter Einbeziehung des bisherigen Mietzinses von dem früheren Objekt, das sind die 2,15 Euro, ein Mischzinssatz von Euro 3,42 pro Quadratmeter ergibt. Zu diesem Mischsatz kommen noch die Betriebskosten von Euro 1,70 pro Quadratmeter für die Betriebskosten hinzu und diese Kosten sind jetzt diesem Vertrag zugrunde gelegt worden (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Spath**: Danke für die detailliert Erläuterung. Meine Zusatzfrage ist, das heißt, die FPÖ bezahlt erst ab jetzt für die 121 m², für vorher hat sie es noch nicht bezahlt oder bezahlt sie es nicht rückwirkend?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Für die 67 m² ist immer ein Mietzins bezahlt worden, sie hat eigentlich Räumlichkeiten genutzt, so gesehen unentgeltlich, das ist nach der Ausmessung erfolgt. Man muss jetzt dazusagen, mietrechtlich ist das jetzt korrekt. Ob dieser Mietzins jetzt sozusagen, das andere ist politisch moralisch zu werten, also man muss sich überhaupt fragen, wie es eigentlich zu dieser Übertragung gekommen ist, es gibt da eigentlich nichts Schriftliches. Aber es gilt natürlich auch, und das muss man auch korrekterweise sagen, auch ein mündlicher Mietvertrag, wenn der Mietzins immer einbezahlt worden ist (*Applaus KPÖ*).

7) Nachpflanzungen von Stadt-Bäumen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! In meiner Frage geht es um das Thema Nachpflanzungen von Stadt-Bäumen. Es fällt auf in der Stadt, dass einige Bäume vor Jahren geschlägert wurden, zum Beispiel am Opernring, und keine Nachpflanzungen erfolgt sind. Das heißt, dem Thema konsequente Nachpflanzung von Bäumen in der Stadt wurde seitens Ihrer Abteilungen offensichtlich wenig Augenmerk geschenkt und das, obwohl Graz wächst, obwohl auch die Schadstoffbelastung wächst, obwohl Bäume eine lebenswichtige Funktion in der Stadt erfüllen beim Thema Feinstaub, sie filtern Staub, sie mindern die Lärmbelastung und produzieren pro Tag für zehn bis 20 Menschen

Sauerstoff. Die Grünen haben daher eine Aktion gestartet, „Hier fehlt ein Baum“, an der sich die Grazerinnen und Grazer rege beteiligt haben. Uns wurden knapp 100 Bäume an 21 Standorten als vermisst gemeldet und daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Frage:

Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um künftig Nachpflanzungen von Stadtbäumen zu beschleunigen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzte Frau Gemeinderätin! Zuständig ist der Geschäftsbereich der Holding Graz Services, wir betreuen 17.500 Bäume in der Stadt Graz, davon befinden sich 6.800 Bäume in Straßenzügen und auf Plätzen. Im Durchschnitt mussten wir in den letzten fünf Jahren leider pro Jahr 200 Bäume ersetzen. Der durchschnittliche Aufwand pro Baum bisher waren 1000 Euro, wobei wir jetzt eine sehr stark steigende Tendenz haben und das ja auch immer wieder im Naturschutzbeirat diskutieren. Die Frage ist nämlich, wenn du heute einen Jungbaum setzt, ist er in unseren Breiten überhaupt noch überlebensfähig längere Zeit? Zweitens: Ist der Boden in einem solchen Zustand, dass ein junger Baum eine Überlebenschance hat? Du darfst die meisten Baumpflanzungen ja erst im Herbst oder im Frühjahr vornehmen und wir versuchen natürlich, alle Bäume auszutauschen. Es kostet aber auch Geld, ich war ja selbst überrascht, dass dann ein Baum, das ist ein positives Beispiel, wie man es machen kann, aber teuer genug war es, ein Baum kostet 12.000 Euro jetzt vor dem Operncafé, weil wir unterirdisch richtige Bunkeranlagen schon fast bauen, es stimmt dann endlich einmal die Bewässerung, es sind die Baumscheiben dann groß genug und vieles mehr. Es stimmt, dass manchmal aus Sicherheitsgründen ein Baum umgeschnitten werden muss, dass es dann aber längere Zeit dauert, bis er wieder gepflanzt wird. Das, was mir gar nicht gut gefällt,

ist, dass wir den Baum ungefähr in Hüfthöhe umschneiden und dass dann diese Stummel, wenn ich so sagen darf, oft ein Jahr lang oder ein halbes Jahr lang stehen. Hat ja einige Aktionen gegeben mit Kerzenlichterl und ich weiß nicht, was alles schon, und wir versuchen, die Bäume so rasch wie möglich auszutauschen. Wir sollten aber auch wieder eine Diskussion führen, ob denn auf allen Plätzen wirklich die Kastanie der Baum ist, wir wissen schon, dass er keine Chance mehr hat, dass auch die neuen Bäume, die wir gepflanzt haben, die Kosten verursacht haben, nach kurzer Zeit wieder eingegangen sind. Aber ich bin bei Ihnen, wenn wir das noch beschleunigen müssen, was ich jetzt der Holding schon mitgeteilt habe ist, dass wir auch den Wunsch haben, dass nicht nur der Baum umgeschnitten wird, sondern dass auch der Wurzelstock zumindest einmal gleich ausgegraben wird, dann ist das einmal ein ordentliches Stadtbild. Aber Sie haben die Gründe aufgezählt, warum wir möglichst schnell auch wieder einen Baum pflanzen sollten. Es wird auch mancher Baum, ich sage einmal, künstlich am Leben erhalten, wenn ich am Kaiser-Josef-Platz mir den einen oder anderen Kastanienbaum anschau, wo quasi fast nur mehr der Grundstamm da ist und dann ab und zu ein paar Asterln wieder den Versuch unternehmen zu wachsen, ist es wahrscheinlich besser, dass wir auch schneller austauschen als wir das bisher getan haben (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Ja, Herr Bürgermeister, mich freut es zu hören, dass Sie das auch wahrnehmen die fehlenden Bäume und dass Sie sich bemühen werden, dass das schneller geht mit den Nachpflanzen und ich darf Ihnen einfach noch unsere Liste geben mit den Standorten und Bäumen, die fehlen, damit Sie die auch weitergeben können (*Applaus Grüne*).

8) Reininghaus – Kosten für die Stadt Graz

GR. **Eber** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Bürgermeister hat ja heute am Beginn der Sitzung eine Zusammenfassung, einen Rückblick gemacht über die Gemeinderatstätigkeit. Sehr häufig waren wir im Gemeinderat hier auch beschäftigt mit dem Thema Reininghaus, das ja heute auch wieder auf der Tagesordnung steht und meine

F r a g e

ist: Wie hoch sind die bisher angefallenen Gesamtkosten für die Stadt Graz in Zusammenhang mit der Entwicklung der Reininghausgründe und wie setzen sich diese Kosten zusammen (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich kann Ihnen jetzt gerne die Kosten, die im Bereich der Stadtbaudirektion angefallen sind für Planungen und bisherige Baukosten, bekanntgeben. Erstens die Rahmenplanung für Graz Reininghaus. Im Übrigen kofinanziert über ein EU-Projekt, das sich genannte hat Act for PPP, kostete 240.000,- Euro, abzüglich der Förderung von 200.000 Euro blieb für die Rahmenplanung eine Restsumme von 40.000 Euro für den Steuerzahler und die Steuerzahlerin in Graz übrig. Zweitens: Das Forschungsprojekt Haus der Zukunft ECR, das heißt Energie-City Reininghaus kostet 300.000 Euro, da ging es um den Rahmenplan für Energie, das Demonstrationsprojekt, die Plus-Energie, Gebäudeverband Peter-Rosegger-Straße, und der erste sechsgeschossige Holzbau in der Steiermark. Die dritten Kosten: Planungs- und Baukosten für die Aufschließungsstraße in der Hummelkaserne, da gab es Detailplanungen VLSA und Baukosten Kreuzungsausbau der 1. Stufe Peter-Rosegger-Straße, die ja dringend notwendig ist auch für das, was wir jetzt dort als

Stadt Graz selbst errichten, ebenfalls in Höhe von 300.000 Euro, und viertens: die Rahmenplanung auf der Reininghauslinse, die Überarbeitung des Rahmenplanes Reininghaus für eine neue Nutzung als Vorbereitung für den Bebauungsplan kostet 20.000 Euro, sodass wir zusammengerechnet 660.000 Euro in diesem Bereich bisher ausgegeben haben und 200.000 Euro zusätzlich an Fördermitteln noch aufgewendet wurden, zusätzlich, also es sind 860.000 (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eber**: Vielen Dank, Herr Bürgermeister, für die umfassende Beantwortung. Eine Frage habe ich noch, wir haben ja, im Jahre 2009 war das, glaube ich, haben wir einen Gemeinderatsbeschluss gehabt, wo es geheißen hat, dass ein Teil der Projektkosten von der Stadt Graz übernommen wird. Jetzt wollte ich fragen, ob die da bereits enthalten sind, beziehungsweise ist ja auch Inhalt des Beschlusses gewesen, dass ein Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes für Reininghaus sozusagen abgestellt wird. Sind diese Kosten auch zu ermitteln?

Bgm. Mag. **Nagl**: Es war ja damals der Wunsch, dass wir dann, wenn wir da stärker einsteigen, auch eine Person, die sich ausschließlich um Reininghaus kümmert, in dem Fall gibt es das noch gar nicht, aber wir sind gut beraten, wenn wir heute den Beschluss fassen als Auflage, dass wir im nächsten Jahr dann auch ein Team zusammenstellen, das wirklich optimal dort vor Ort begleitet. Das war im Übrigen auch von der grünen Fraktion noch einmal hineinreklamiert worden, dass wir neben den sozialen, neben den nachhaltigen ökologischen und architektonischen Dingen auch so etwas wie ein Management vor Ort installieren, die sind da nicht enthalten, also Personalkosten im Detail jetzt nicht dabei. Alle anderen Kosten habe ich Ihnen aufgezählt. Mehr gibt es meines Erachtens noch nicht.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.20 Uhr den Vorsitz.

9) Öffentliche WC-Anlage im Nahverkehrsknoten Don Bosco

GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Eine kurze Frage an dich. Es geht um eine öffentliche WC-Anlage im Nahverkehrsknoten Don Bosco. Im Bereich des Siedlungsgebietes „nördliches Lazarettfeld“, ich umschreibe das ganz kurz, Wohnhäuser im Westen zwischen Staatsbahnstraße und Hohenstaufengasse, häufen sich massiv die Beschwerden, dass Personen, die den Verkehrsknoten Don Bosco frequentieren, und das ist ja Gott sei Dank eine große Anzahl, den dort befindlichen Grünraum bedauerlicherweise zur Verrichtung ihrer Notdurft benutzen. Die Verschmutzungen und Geruchsbelästigungen beziehungsweise die Erregung öffentlichen Ärgernisses, no na, möchte ich fast sagen, haben bereits solche Ausmaße angenommen, dass dringender Handlungsbedarf gegeben ist.

Ich frage daher dich, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, was du zu unternehmen gewillt bist, diese unhaltbaren sanitären Zustände im Bereich des Nahverkehrsknotens Don Bosco zu beseitigen. Ich denke da zum Beispiel als Übergangsprovisorium, dass man vielleicht dort mobile WC-Anlagen installieren könnte (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Georg! Das Problem kenne ich, und ich sehe das Problem ebenso wie du als ein sehr dringliches. Ich frage mich allerdings, warum diese Frage jetzt an mich gerichtet wird, einerseits ist es ja so,

dass damals, als dieser Bahnhof errichtet wurde, ich mich frage, wie von Seiten der Stadt damals darauf eingewirkt wurde, dass dort eine öffentliche WC-Anlage von vorneherein errichtet wird. Also das müssten man eigentlich meinen Vorgänger fragen, weil Don Bosco, wie gesagt, damals errichtet wurde und eine WC-Anlage von vorneherein dort hätte geplant werden müssen. Die zweite Frage musst du auch an meinen Kollegen Gerhard Rüschi richten, denn für die Errichtung von mobilen WC-Anlagen, das läuft über die Liegenschaftsabteilung, und die dritte Frage, ich denke, ich habe eine Erklärung dafür, warum du mich fragst, weil ich momentan anscheinend die Referentin bin, die alle Dinge, die die ÖBB in der Stadt versäumt, dann irgendwie schnell noch geradebiegen soll. Ich denke an den Ostbahnhof-Lift, ich denke Weixelbaum, wo auch ich diejenige bin, die das dann sanieren soll. Es tut mir leid, aber ich kann dazu nicht mehr sagen, als dass dort von vorneherein eine WC-Anlage fehlt, das stimmt, die ÖBB hätte die dort errichten müssen, man hätte das damals klären müssen. Für die Errichtung einer mobilen WC-Anlage, das kann ich unterstützen, aber ich ersuche dich bitte, das auch an den zuständigen Referenten heranzutragen (*Applaus Grüne*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Zusatzfrage wäre, dass du dich vielleicht verwendest, mit der ÖBB wirklich ins Einvernehmen zu setzen, es ist ja beim Ostbahnhof doch einiges gelungen und ich denke, dass man dort beim Nahverkehrsknoten Don Bosco, wo ja offensichtlich auch die unterirdischen Anlagen da und dort schon da sind, hier diese Anschlussmöglichkeit zu setzen, dass du dich noch einmal einsetzt hier, diese Anlage zumindest in mobiler Form hier zu installieren (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Ich setze mich gerne noch einmal bei der ÖBB ein, ich möchte noch einmal klarstellen, beim Ostbahnhof, damit der Lift installiert wurde, habe ich

aus meinem Ressort 200.000 Euro aufgenommen, die eigentlich eine Leistung der ÖBB war, damit wir das sanieren, bin ich eingesprungen und wenn das die Dauerlösung ist, dass wir dort, wo die ÖBB Mängel aufweist für eine städtische Versorgung oder eine analoge Versorgung, dann wird das auf Dauer nicht gehen, dass immer die Stadt einspringt. Aber generell kann ich gerne noch einmal an die ÖBB herantreten, was ich Übrigen schon mehrfach getan habe, dass dort eine Verbesserung in Bezug oder eine Installierung einer WC-Anlage auch nachträglich erfolgt (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), so wie es auch andere Mankos gibt, die dort zu beheben sind, wie zum Beispiel, dass momentan nicht einmal ein Taxi dort stehen kann, wie ich festgestellt habe. Das heißt, da gibt es einige Dinge, die mit der ÖBB zu klären sind, da bin ich im Gespräch und ich werde auch die WC-Anlage wieder auf die Tagesordnung nehmen (*Applaus Grüne*).

10) Verkehrserziehungsgarten

GR. **Dreisiebner** stellt an StR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabner** folgende Frage:

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrte Frau Stadträtin Grabner, liebe Sonja, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuschauerrängen! Im vergangenen Frühling, Anfang/Mitte März kam es im Zuge einer längeren Schönwetterperiode zu vermehrten Anrufen von Innenstadtbewohnern im Umfeld des Stadtparks, da sie feststellen mussten, der Verkehrserziehungsgarten im Stadtpark ist geschlossen, was bis dato in dieser Form so noch nie der Fall war. Es gab Befürchtungen, der Verkehrserziehungsgarten könnte überhaupt für immer geschlossen bleiben und eventuell sogar verbaut werden, das wurde von vielen Eltern auch eingebracht, das konnten wir aber zerstreuen. Der Verkehrserziehungsgarten im Stadtpark ist besonders für Eltern mit sehr kleinen Kindern im Vorschulalter ein beliebtes Rückzugsgebiet für ihre Kinder. Über Mail-Verkehr zwischen dem Büro der

Vizebürgermeisterin Lisa Rücker und deinem Büro Sonja Grabner erhielten wir als Antwort, dass im Jahr 2012 geplant war, den Verkehrserziehungsgarten mit 1.4. zu öffnen und dass man mit 26.3.2012 bereits die Vorbereitungsarbeiten startet, es aber nicht sinnvoll sei, das früher zu machen, sich aber für die Zukunft überlegen möchte, das früher zu machen. Das ist sehr erfreulich, dass man diesen Verkehrserziehungsgarten bei entsprechenden frühlingshaften Temperaturen entsprechend früher öffnet.

Meine

F r a g e

ist: Wird es wie im vergangenen Winter auch heuer zu einer temporären Schließung des Verkehrserziehungsgartens im Stadtpark kommen und wenn ja, von wann bis wann wird der Verkehrserziehungsgarten für die Kinder und Eltern aus der Umgebung geschlossen bleiben?

StR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabner**: Lieber Herr Gemeinderat, lieber Karl! Danke für diese Frage, die ist wirklich sehr wichtig, und selbstverständlich wird der Verkehrserziehungsgarten nicht gänzlich, weder zugesperrt noch sonst was. Temporär jedoch ist es notwendig, ja, aus dreierlei Gründen. Erstens, es ist die fehlende Nachfrage auch in den Wintermonaten vorhanden. Zweitens, es ist eine Frage der Haftung, denn wenn der erste Schneefall ist und das jetzt gleich einmal zur Frage, wann er schließt, wenn der erste Schneefall da ist, dann haftet die Stadt Graz, wenn ein Unfall passiert, und das ist in dem Fall auch leider nicht möglich, die Haftung für die gesamten Menschen da zu übernehmen. Die Schließung ist, wie gesagt, temporär und wir machen das sehr, sehr flexibel, das heißt, wirklich erst mit dem ersten Schneefall und auch, wie du es schon erwähnt hast, sind wir jetzt so flexibel, dass auch die Öffnung je nach

Wetterbedingungen sofort im Frühjahr passiert. Wenn es am 1. März schon schön ist und wir kriegen keinen Schnee mehr, auch was die Wetterprognosen oder was sie vorhersagen können, dann öffnen wir auch schon vor dem April.

GR. Dreisiebner: Ich freue mich zu hören, dass da eine gewisse Flexibilität von deiner Seite vorgesehen ist. Ich habe aber auch gehört, dass es kein fixes Datum, oder korrigiere mich, gibt, wo es wieder geöffnet werden soll. 1. März steht im Raum und die tatsächliche Zusatzfrage ist: Kannst du dir auch vorstellen, wenn es in der Wintersaison länger einmal schneefrei bleibt, ich weiß schon, Glatteis, Schneelage und solche Dinge, das sind Gefahren, man müsste das anders regeln, aber wenn es einmal länger, und das haben wir oft in Graz, schneefrei und eisfrei bleibt, dass man da zwischenzeitlich wieder aufsperrt?

StR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabner:** Betreffend die Zeiten, wie gesagt, ich denke, Flexibilität ist speziell in unserer heutigen Zeit ein sehr, sehr wichtiges Thema und wenn ich jetzt ein Datum sagen würde und sage, am 25. März wird es geöffnet, aber am 3. März ist schon schön, dann denke ich ja im Interesse der gesamten Bevölkerung, dass wir das flexibel behandeln können, denn Flexibilität bedeutet ja auch, einen Termin vorzuversetzen. Und das Zweite, was du gesagt hast, lieber Herr Kollege, ja, natürlich wäre es vielleicht fein, wenn wir für ein oder zwei Tage dann fahren könnten. Jedoch für die Stadt, und wie gesagt einmal der erste Punkt ist der wichtigste Punkt, es war die Nachfrage nicht da. Es geht schon um Angebot und Nachfrage auch und wir haben uns über die GBG und die Hausverwaltung selbstverständlich auch erkundigt, das über den Winterdienst oder was dafür verlangt werden würde, und das beträgt rund 10.000 Euro und ich denke, wenn auch einen anderen Platz finden wir einen

öffentlichen Platz, der betreut ist, dann steht der Kosten-Nutzen-Faktor da leider auch nicht zur Debatte. Danke.

11) Gedenkkultur für die Opfer des Nationalsozialismus

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt an StR. **Grossmann** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Michael! Das Thema meiner Frage haben wir schon einige Male ja auch erörtert. Es geht um die Frage einer Verbesserung der öffentlichen Gedenkkultur für Opfer des Nationalsozialismus, hat ja auch eine längere Geschichte schon, dass immer wieder entsprechende Anträge dazu gestellt worden sind, und wie du weißt, hat sich jetzt mittlerweile auch ein Verein gegründet, der als Trägerverein für diese Art von Projekten zur Verfügung stehen würde, damit es möglich ist, gemeinsam mit der Stadt Graz solche Projekte abzuwickeln. Dem Trägerverein gehören auch schon einige illustre Personen aus dem Gemeinderat an, wie etwa Karl-Heinz Herper und Andreas Fabisch. Die Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP überlegen noch, wen sie vielleicht dort entsenden wollen. Meine Frage jetzt ist, nachdem sich dieser Verein gegründet hat und du auch schon signalisiert hast, dass du sehr gerne solche Projekte weiterverfolgen willst, welche konkreten Schritte kann es jetzt bereits geben in der noch aktuellen Gemeinderatsperiode, um schon etwas vorzubereiten, weil eines der Ziele ja auch ist, 2013, also bei einem quasi runden Gedenkjahr, bereits erste Gedenkstellen errichten zu können (*Applaus Grüne*)?

StR. **Grossmann**: Vielen herzlichen Dank, liebe Daniela, einmal ein ganz großes Dankeschön für die Initiative, die hier auch von deiner Seite ergriffen wurde und dass

es diesen Verein jetzt gibt, dass diese Gründung jetzt erfolgt ist, die ja auch in Begleitung sozusagen durch das Kulturamt hier jetzt erfolgen konnte. Danke für die Initiative, weil es mir persönlich auch ein ausgesprochen wichtiges Anliegen ist, die Erinnerungskultur in unserer Stadt noch ein Stück weiterzuentwickeln. Die Erinnerung, die gerade jetzt besonders wichtig ist, weil die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus dieser Zeit, jene Menschen, die die Gräueltaten des verbrecherischen Regimes noch selbst miterleben mussten, immer weniger werden. Ich glaube, es ist für uns wichtig als Gesellschaft heute im 21. Jahrhundert, das Niemals-zu-Vergessen auch durch klare Zeichen, die wir in der Stadt anbringen, entsprechend hochzuhalten und damit die Erinnerungskultur auch zu kultivieren, um es so zu sagen. Ich bin also sehr, sehr dankbar, dass es diese Initiative gibt, dass sich viele daran beteiligen werden, bin in froher Erwartung eines konkreten Konzeptes...

Zwischenruf GR. Schröck: Was als Gesundheitsstadtrat alles möglich ist.

StR. **Grossmann:** Ja, es ist unglaublich, Georg, was die moderne Medizin schon möglicherweise alles in Aussicht stellt zumindest, aber ich bin in froher Erwartung eines Konzeptes. Es ist mir vollkommen genug, glaube mir ...in froher Erwartung dieses Konzeptes, dass man jetzt schon beginnen kann zu erarbeiten, wo wir gerne auch als Kulturressort und als Kulturamt mitbegleiten und gestaltend sozusagen uns ein Stück weit beteiligen wollen, um dann einen Subventionsantrag für das nächste Jahr bereits vorzubereiten, wenn das konkrete Konzept vorliegt, damit wir nächstes Jahr, 2013, in die Umsetzung gehen können (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Eine Zusatzfrage hätte ich noch. Also erst einmal vielen Dank, das ist echt sehr erfreulich, dass es da jetzt wirklich konkrete Schritte geben wird. Zusatzfrage ist: Ich habe eine Anfrage bekommen von Herrn Prof. Friedrich Knilly aus Berlin, dessen Familie mit der Familie Knilly hier aus Graz stammt und er hat ein konkretes Angebot gemacht, dass er gerne einen Gedenkstein in der Annenstraße 34 stiften möchte, um zu erinnern an die Familie von Wilhelm Spielmann, die damals in der Annenstraße das Haus oder Teile besessen haben und die dann durch die Ereignisse und durch die sogenannten Arierisierungen ihr Eigentum verloren haben, und er will eben einen Gedenkstein stiften zur Erinnerung an dieses jüdische Kleiderhaus, das damals dort existiert hat, das dann aber auch später, 1945, durch Bomben zerstört wurde, wie er sagt. Die Zusatzfrage wäre, ob seitens des Kulturamtes auch eine Unterstützung gegeben werden kann, dass wir dieses Projekt möglichst bald umsetzen und dann auch, er hat angeboten, dass er zum Beispiel im März 2013 herkommen könnte und in einem Vortrag die Beweggründe, die Geschichte usw. erläutern würde, dass da vielleicht eine Kooperation mit dem Kulturamt schon absehbar ist.

StR. **Grossmann**: Vielen Dank, ich finde das ganz großartig, dass es solche Initiativen gibt, dass auch Familien sozusagen für vertriebene Familien und verfolgte Familien hier Initiative ergreifen und die Erinnerungskultur hochhalten. Ich denke, es ist ganz wichtig auch zu erwähnen, dass der Antrag für die Errichtung solcher Gedenksteine im öffentlichen Raum vom Trägerverein zu stellen ist und das Behördenverfahren entsprechend abgewickelt wird, wo das Kulturamt gerne beratend mit dabei ist und zur Seite steht und es wäre schön, wenn wir relativ schnell vom Trägerverein diesen Antrag über das Behördenverfahren sozusagen bekommen, dass wir dann vielleicht im März bereits den ersten Gedenkstein hier in Graz haben. Danke (*Applaus SPÖ*).